

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 07.11.2007**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Frau Kircheis (SPD) ab 18.00 Uhr

Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002

Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird wie folgt ergänzt:

Unter Punkt 4.7 erfolgt die Diskussion zum Antrag 025/07 (Bündnis 90/Die Grünen)
- Faires Beschaffungswesen für die Stadt Cottbus-

Die Tagesordnung wird in geänderter Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 10.10.2007 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

I. Öffentlicher Teil

TOP 3: Berichte und Informationen

TOP 4: Beschlussvorlagen

**TOP 4.1 Vorlage IV- 100/07
Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Cottbus (INSEK)**

Frau Neumann, FB 61, informiert, dass die 2. Lesung ausgesetzt wird.

Im Zwischenergebnis der Prüfung durch das MIR besteht Ergänzungsbedarf für die Stadt Cottbus auf der Konzept-, Maßnahme- und Umsetzungsebene. Der insbesondere für die EFRE-Förderung notwendige integrative Handlungsansatz einer nachhaltigen Stadtent-

wicklung in ihrer ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimension fehlt auf der Maßnahmenebene weitgehend.

Die Einbindung der Stadt in Programme der Stadterneuerung, Soziale Stadt, des Stadtbau- u. ä. und die Schlussfolgerungen für das weitere integrierte Vorgehen ist im INSEK inhaltlich und finanziell nicht ausreichend abgestimmt.

Die Förderung von Maßnahmen ist mit konkreten Erwartungen der Kommune verbunden. Diese erwarteten Effekte sind im INSEK nicht ausreichend dargestellt.

Als Vorlagetermin für das überarbeitete INSEK wird der **28.11.2007** vereinbart.

Am 29.11.2007 findet die 2.Stadtentwicklungskonferenz zur überarbeiteten Fassung statt.

Herr Dr. Fischer übergibt den Ausschussmitgliedern Änderungsvorschläge zum INSEK und stellt diese vor. In der Diskussion dazu ist die Aussage **zur Seite 133 für Sandow** - hohe Konzentration von Spätaussiedlern/jüdische Migranten **ohne Integrationsangebote** - strittig.

Die Aussage wird wie folgt geändert:

„hohe Konzentration von Spätaussiedlern/jüdischen Migranten **mit eingeschränkten Integrationsangeboten**“.

Der FB 61 wird die Änderungsvorschläge bei der Überarbeitung des INSEK berücksichtigen.

Herr Karwinski von Karwin weist darauf hin, dass im Wohngebiet Bautzener Straße/Ottilienstraße durch die Schließung des ansässigen Einkaufsmarktes Sorge der älteren Bürger bezüglich zukünftiger wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten besteht.

Frau Neumann bekräftigt, dass dieses Gebiet als D2 Nahversorgungslage im INSEK enthalten ist.

TOP 4.2 **Vorlage I - 04/07**
Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Doppelhaushalt 2008/2009

TOP 4.3 **Vorlage I - 041/07**
Mittelfristiger Investitionsplan 2008/2009 - 2012

TOP 4.4 **Vorlage I - 042/07**
Fortschreibung HSK 2008 - 2012 (VWH)

TOP 4.5 **Vorlage I - 043/07**
Fortschreibung HSK 2008 - 2012 (VMH)

Frau Große, FB 20, informiert, dass die Haushaltsvorlagen aufgrund der Änderungen des Beschlusses zum Stellenplan gemäß der Stadtverordnetenversammlung vom 28.03.2007 zum Haushaltssicherungskonzept des Verwaltungshaushaltes für die Jahre 2007 - 2010 im Rahmen des Haushaltsplanes 2007 (STVV-Beschluss vom 29.08.2007 - Vorlagen-Nr. StVV I - 025/07 i. V. m. dem STVV-Beschluss vom 24.10.2007) sowie Änderungen bezüglich der Entgeltordnung für Schulen und Sportstätten und Überarbeitung der Entgeltkalkulationen für kostenrechnende Einrichtungen aktualisiert werden müssen. **Die Terminstellung wurde hier auf den 29.11.2007 gesetzt.**

Die Dokumente werden als CD im Intranet und im Druck für jede Fraktion bereitgestellt.

Der Haushalt des FB 50 wird durch **Frau Duhra, FB 50** vorgestellt.

Den Ausschussmitgliedern wird eine Übersicht der Einnahmen und Ausgaben 2004 - 2009 übergeben. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Schwerpunkt der Ausführungen sind **zu erwartende Mindereinnahmen** durch zwei Gesetzesentwürfe:

1. Gesetzesentwurf zur finanziellen Beteiligung des Bundes an den kommunalen SGB II-Leistungen

Die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II soll ab 2008 nach der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften angepasst werden.

Im Bundeshaushalt sind für 2008 statt 4,3 Mrd. Euro nur noch 3,9 Mrd. Euro vorgesehen. Für das Land Brandenburg gilt bis dato eine Bundesbeteiligung von 31,2 %.

Die Neuregelung zeigt nur noch 28,6 % auf.

Die Stadt Cottbus weist trotz sinkender BG-Zahlen erhöhten KdU-Bedarf auf. Daraus resultieren Mindereinnahmen insgesamt für 2008/2009 in Höhe von 1.627,5 T€..

2. Gesetzentwurf zur finanziellen Beteiligung des Bundes an SGB XII-Leistungen hier: Neuregelungen zur Festsetzung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im SGB XII (hier Grusi)

Hauptkritikpunkt: Höhe der Bundesbeteiligung

Es sind weiterhin hohe und deutlich gestiegene Ausgaben der Kommunen bei der Grusi zu verzeichnen. Des Weiteren gibt es einen Anstieg der Fallzahlen aufgrund demografischer Entwicklung. Die Stadt Cottbus hätte Mindereinnahmen in Höhe von 109.709 €.

Zum Punkt - **Information zum Stand der Kommunalisierung in der Eingliederungshilfe** gemäß AG-SGB XII - (lt. Tagesordnung unter 5. Sonstiges) informieren Frau Dieckmann und Frau Duhra, dass durch das Land im Rahmen der Kostenerstattung keine Anerkennung von Grundsicherungsleistungen im stationären und teilstationären Bereich erfolgt. Für das Jahr 2005 wurde bereits eine Klage gegen das Land Brandenburg eingereicht, welche derzeit entsprechend eines Beschlusses des Sozialgerichtes Cottbus ruht. Als Begründung wurden die anhängigen Verfassungsbeschwerden beim Landesverfassungsgericht benannt, welche sich mit der Thematik der Grundsicherungsleistungen im stationären und teilstationären Bereich befasst. Für 2006 wurde Widerspruch gegen die Ablehnung der Grundsicherung im stationären und teilstationären Bereich eingelegt. Eine Entscheidung des Landes hierzu steht noch aus.

Diskussionsschwerpunkt ist die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips und die daraus resultierende zusätzliche Belastung des Haushaltes der Kommune.

Der Sozialausschuss erteilt ein positives Votum zur weiteren Rechtswegbegleitung und zur Prüfung der möglichen Einlegung einer Verfassungsbeschwerde hinsichtlich der Ausfinanzierung im Rahmen der Kommunalisierung der Leistungen nach SGB XII.

Frau Duhra appelliert an alle Fachbereiche der Verwaltung, Bescheide übergeordneter Behörden einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und bei gegebenem Anlass in Widerspruch zu gehen.

TOP 4.6 Vorlage III-015/ 07 Schulentwicklungsplan 2007 - 2012

Durch **Herrn Bischoff, FB 51**, wurde die Vorlage vorgestellt und erläutert.

Schwerpunkt ist u. a. bei der Standortwahl der Grundschulen die wohnortnahe Beschulung. Dazu sind stadtteilbezogene Analysen erfolgt. Bei der vorliegenden Planung wurde die Hortsituation stärker berücksichtigt. Herr Bischoff verweist bezüglich der Entwicklungsrichtung der Horte auf die Kitaentwicklungsplanung. Die breite Vielfalt von Bildungsgängen und Abschlussmöglichkeiten soll erhalten bleiben. Schulen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind ein weiterer Schwerpunkt.

Die Angebote für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Sprache“ werden durch das Staatliche Schulamt im Zusammenwirken mit der sonderpädagogischen Frühförder- und Beratungsstelle zunehmend an die Carl-Blechen-Grundschule verlagert. Diese Entwicklung führt zur Schließung der 6. Förderschule.

Abstimmungsergebnis zur Vorlage III- 015/ 07

Der Ausschuss erteilt der Stadtverordnetenversammlung folgende Empfehlung zur Beschlussfassung:

0 Zustimmungen
3 Gegenstimmen
4 Enthaltungen

Die Vorlage ist damit abgelehnt.

TOP 4.7 Antrag 025/07 (Bündnis 90/Die Grünen) Faires Beschaffungswesen für die Stadt Cottbus

Der Ausschuss unterstützt diesen Antrag in folgender Abstimmung.

6 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
1 Enthaltung

TOP 5: Sonstiges

- Information zur Förderung 2008

Durch **Frau Duhra** wurde die Fördermittelvergabe erläutert und den Ausschussmitgliedern eine Übersicht dazu übergeben.

Herr Dr. Fischer regt an, bezüglich der Mietverträge für soziokulturelle Einrichtungen in der Stadt eine Vereinheitlichung für die Träger herbeizuführen.

Der öffentliche Teil endet um 19.20 Uhr.

gez. Dr. Fischer
 Vorsitzender

gez. Teusch
 Protokollantin